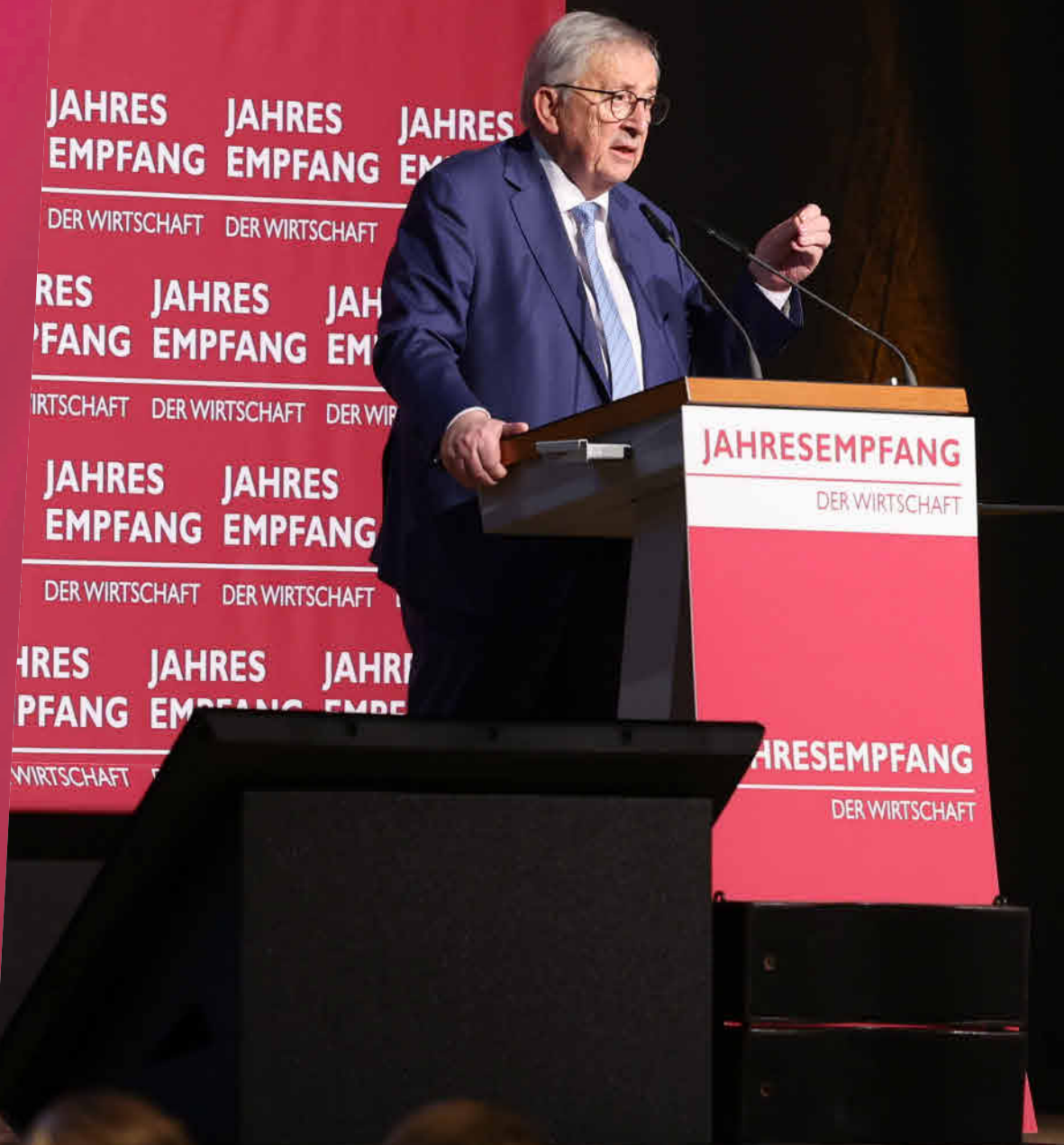


JAHRES EMPfang DER WIRTSCHAFT

Eine Sonderbeilage der Wirtschaftskammern
vom 5. Februar 2026



INHALT

Vorwort Dr. Marcus Walden	02
Vorwort Hans Jörg Frieze	03
„Europa braucht sich nicht zu verstecken“	
Gastredner Jean-Claude Juncker	04-05
Architektenkammer Rheinland-Pfalz	06
Handwerkskammer Rheinhessen	07
Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen	08
Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz	09
Eindrücke von der Veranstaltung	10-11
Landesärztekammer Rheinland-Pfalz	12
Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz	13
Landespflegekammer Rheinland-Pfalz	14
Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz	15
Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz	16
Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz	17
Eindrücke von der Veranstaltung	18-19
Sponsoren	20



Foto: Ben Pakalski

Weniger Regeln. Mehr Zukunftsmut.

Dr. Marcus Walden,
Präsident der IHK für Rheinhessen

”

Der Jahresempfang der Wirtschaft ist kein gesellschaftliches Ritual – er ist wirtschaftspolitisches Signal. Gerade im Wahljahr. Er bringt auf den Punkt, was Unternehmen bewegt – und was sie von der Politik erwarten: weniger Ankündigungen, mehr Umsetzung. Weniger Regulierung, mehr Ermöglichung.

2026 ist ein Jahr der Bewährung. Es entscheidet sich, ob gute Ansätze auch Wirkung entfalten. Ob aus Programmen Projekte werden. Und ob Milliarden an Investitionsmitteln wirklich in den Betrieben ankommen. Digitalisierung, Klimaschutz, Infrastruktur: Das größte Investitionspaket

in der Geschichte der Bundesrepublik ist kein Versprechen auf dem Papier, sondern ein Test für die Praxis.

Die zentrale Frage lautet: Kommt das Geld an? Oder bleibt es stecken – in Zuständigkeiten, Formularen, Vorschriften?

Was wir brauchen, ist eine neue Haltung: Mut zur Vereinfachung. Einen klaren politischen Auftrag. Verwaltung muss ermöglichen, nicht verhindern. Förderprogramme müssen wirken – nicht überfordern. Bürokratieabbau darf kein Randthema mehr

sein, sondern gehört ganz oben auf jede politische Agenda.

Das ist kein Selbstzweck. Wenn wir schneller, klarer und effektiver entscheiden, stärken wir das Vertrauen in den Standort. Wir setzen Ressourcen frei – für Innovation statt für Bürokratie. Für unternehmerische Energie statt für Antragsfrust.

Dazu gehört auch ein starkes Bekenntnis zu Europa. Denn die EU ist nicht das Problem – sie ist Teil der Lösung. Aber sie muss besser werden: pragmatischer, schneller, wirtschaftsnäher. Sonst liefern wir jenen Argumente, die Europa schwächen wollen. Die Frage ist nicht „Europa – ja oder nein“, sondern: „Europa – wie machen wir es besser?“

Unsere Betriebe warten nicht auf Kommissionen, sondern auf Entscheidungen. Und auf Tempo. 2026 muss zum Jahr der Umsetzung werden. Wer investiert, braucht Planungssicherheit – nicht Frust im Förderdschungel.

Rheinhessen kann Vorreiter sein: mit innovationsfreudigen Unternehmen, verfügbaren Flächen und einem starken Netzwerk. Nutzen wir das – indem wir den Mut haben, Regeln zu hinterfragen, Prozesse zu verschlanken und Investitionen zu ermöglichen.

Es ist sehr vieles möglich – es muss jetzt aber auch endlich sehr viel passieren.

” *Die Frage ist nicht Europa – ja oder nein, sondern: Europa – wie machen wir es besser?*

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:

Architektenkammer Rheinland-Pfalz,
Handwerkskammer Rheinhessen,
Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen,
Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz,
Landesärztekammer Rheinland-Pfalz,
Landespflegekammer Rheinland-Pfalz,
Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz,
Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz,
Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz,
Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz

Redaktion: Melanie Dietz, IHK für Rheinhessen

Bilder: Alexander Sell

Produktion:

VRM GmbH & Co. KG
Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz

Druck:

VRM Druck GmbH & Co. KG
Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim



Foto: Handwerkskammer Rheinhausen

Wirtschaftsreformen und Stärkung der Demokratie gehören zusammen

Hans-Jörg Friese,
Präsident der Handwerkskammer Rheinhausen

”

Unsere Demokratie hat ihre Stärke immer dann bewiesen, wenn sie unter Druck geraten ist. Auch jetzt stehen wir vor einem solchen Moment. Wenn wir Freiheit und demokratische Stabilität bewahren wollen, müssen wir handeln – entschlossen und ohne weitere Verzögerung.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gehören untrennbar zusammen. Ein starker Sozialstaat und verlässliche Werte lassen sich dauerhaft nur auf der Grundlage einer wachsenden Wirtschaft sichern. Wachstum ist kein Gegenmodell zur sozialen Verantwortung, sondern ihre Voraussetzung. Ohne eine tragfähige ökonomische Basis fehlen uns die Mittel, um soziale Sicherheit, Teilhabe und demokratische Stabilität zu gewährleisten.

Deshalb braucht es jetzt dringend ein konsequentes Reformpaket. Spätestens ab 2026 darf es kein Ausweichen mehr geben. Andernfalls verschärfen sich die bestehenden Verteilungskonflikte weiter – mit ganz konkreten Folgen: Arbeitsplätze verschwinden, Wohlstand geht verloren und die Finanzierung unserer Sozial- und Gesundheitssysteme gerät zunehmend ins Wanken. Wer Verantwortung trägt, muss sie jetzt auch übernehmen und den Mut zu unbequemen Entscheidungen aufbringen.

Das ist kein Alarmismus, sondern eine nüchterne Bestandsaufnahme. Die Stimmung im Land ist schlecht. Die neue Bundesregierung ist mit großen Erwartungen und erheblichem Vertrauensvorschuss gestartet – beides ist weitgehend aufgebraucht. Der politische Alltag hat eingesetzt. Doch der Reformdruck ist nicht geringer geworden. Im Gegenteil: Deutschland steht in einem harten internationalen Wettbewerb. Stillstand, Abwarten oder die Hoffnung auf Selbstheilung sind keine Option.

Populistische Kräfte leben davon, ungelöste Probleme zu instrumentalisieren. Sie verstärken Ängste, liefern einfache Antworten und untergraben damit gezielt das Vertrauen in demokratische Institutionen. Wenn wir diesen Entwicklungen den Boden entziehen wollen, brauchen wir Lösungen statt Verdrängung. Das erfordert, sich von einer Bequemlichkeit und staatlicher Vollabsicherung zu lösen. Andernfalls drohen wirtschaftlicher Abschwung und verschärfte Verteilungskämpfe – und genau davon profitieren Populisten.

Im Handwerk zeigt sich die Lage derzeit eher seitwärtsgerichtet. Der Beschäftigungsabbau ist weniger sichtbar als in der Industrie, aber er findet statt – leise, durch das schrittweise Verschwinden von Betrieben. Steigende Lohnkosten und Sozialabgaben setzen viele Gewerke unter Druck. Als Gesellschaft müssen wir uns ehrlich fragen, wohin wir wollen. Demografischer Wandel, notwendige Nachhaltigkeitstransformation und wachsende geopolitische Spannungen sind Fakten, keine Meinungen. Wir müssen wieder lernen, Reformvorschläge offen zu diskutieren, ohne reflexhafte Ablehnung oder persönliche Diskreditierung.

Trotzdem gibt es Grund zur Zuversicht – gerade im Handwerk. Die Branche gewinnt an Attraktivität, was sich in steigenden Ausbildungszahlen zeigt. Berufe wie Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Elektrohandwerk, Dachdecker, Schornsteinfeger oder auch das Bestattungswesen zeichnen wieder mehr Zulauf. Künstliche Intelligenz ist dabei keine existenzielle Bedrohung. Handwerkliche Arbeit, persönliche Verantwortung und der direkte menschliche Kontakt lassen sich nicht automatisieren.

Jahresempfang der Wirtschaft

Der Jahresempfang der Wirtschaft in Mainz ist der größte Neujahrsempfang der regionalen Wirtschaft in Deutschland. Jedes Jahr kommen mehrere tausend Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen. Damit zählt die Veranstaltung zu den herausragenden Großereignissen der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt – mit bundesweiter Strahlkraft.

Getragen wird der Jahresempfang von 15 Veranstaltern: Kammern und Institutionen aus Industrie und Handel, Handwerk, freien Berufen und Landwirtschaft. Diese bundesweit einzigartige Allianz schafft eine gemeinsame Plattform für Austausch und Vernetzung. Gemeinsam vertreten die Veranstalter mehr als 100.000 Betriebe und Einrichtungen aller Branchen und Größen mit rund 400.000 Beschäftigten.

Die Kooperation begann im Jahr 2000 mit sechs Partnern. Seither ist der Jahresempfang ein fester Treffpunkt zentraler Akteurinnen und Akteure aus Politik und Wirtschaft. Zu den Rednern zählten Bundeskanzler Gerhard Schröder, dreimal Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie der heutige Bundeskanzler Friedrich Merz, seinerzeit als Bundesvorsitzender der CDU. Bereits 2019 sprach der damalige Bundesfinanzminister und spätere Bundeskanzler Olaf Scholz.

Die Spitze des Landes Rheinland-Pfalz ist dabei stets auf dem Podium eingebunden – aktuell Ministerpräsident Alexander Schweitzer. Ebenso standen mehrere Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler am Rednerpult, darunter Wolfgang Clement, Michael Glos, Rainer Brüderle und Dr. Robert Habeck, ebenso wie führende Parteivorsitzende aus Bund und Ländern. Nach der pandemiebedingten Pause setzte 2023 der frühere ZDF-Chefredakteur Peter Frey mit seiner Keynote einen besonderen inhaltlichen Akzent.

Mit Jean-Claude Juncker, dem früheren Präsidenten der Europäischen Kommission und ehemaligen Premierminister Luxemburgs, steht 2026 eine Persönlichkeit auf dem Podium, die ein starkes Zeichen für Zusammenhalt und Verantwortung in Europa setzt.

Europa braucht sich nicht zu verstecken

Der frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wirbt beim Jahresempfang der Wirtschaft in Mainz für ein starkes, geeintes und wirtschaftlich wettbewerbsfähiges Europa.

Mehr als 2.000 Gäste aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft sorgten beim Jahresempfang der Wirtschaft erneut für eine ausgebuchte Mainzer Rheingoldhalle. Beim größten Jahresempfang der regionalen Wirtschaft in Deutschland, getragen von 15 Kammern und Institutionen des Mittelstands, des Handwerks, der freien Berufe und der Landwirtschaft aus Rheinland-Pfalz, stand die Rede von Jean-Claude Juncker, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, im Mittelpunkt.

Europa müsse entschlossener handeln, um seine industrielle Basis, den Mittelstand und den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Gerade in Zeiten geopolitischer Spannungen brauche es mehr europäische Geschlossenheit, weniger nationale Alleingänge und verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen.

Europa, hielt Juncker fest, ist der kleinste Kontinent der Welt, mit sinkendem wirtschaftlichem Gewicht. Mehrwerte würden vor allem außerhalb der EU geschaffen, und der Kontinent altere. Daher dürften die eigenen Ambitionen nicht zu groß sein. „Wenn man sich umsieht, zerbrechen alte Sicherheiten und Gewohnheiten“, sagte Juncker. Die USA seien kein verlässlicher Bündnispartner mehr. Russland sei fast schon wieder so etwas wie ein Feind geworden. China erzeuge mit Protektionismus ein Wettbewerbsgefälle. Es sei ein Fehler der EU gewesen, hier nicht stärker gegenzusteuern.

„Wir haben uns an der Friedensdividende blau gesoffen“, betonte Juncker. Nun brauche es große Investitionen in die Verteidigung. Auch wenn es laut Juncker einen „pazifistischen Hausverstand“ brauche. Ohne Europa sei der Frieden in Gefahr. Mit Blick auf die Wirtschaft

gelte es, den Binnenmarkt und den Euro zu schützen. „Über europäische Erfolge redet man in Europa nicht gern“, hielt Juncker fest, „es wird immer nur über das Negative gesprochen. Das ist nicht gut für die Stimmung.“ Es brauche innere Reformen und Freihandelsabkommen mit anderen Teilen der Welt, die dann auch möglichst schnell in Kraft treten – auch, um US-Präsident Trump die Stirn zu bieten.

Auf diese großen, außenpolitischen Herausforderungen müsse Europa geeint reagieren. Junckers Plädoyer: „Europa braucht sich nicht zu verstecken.“ Zudem gelte, sich viel stärker mit Afrika als Handelspartner zu befassen, sonst sei es im Wettrennen mit China zu spät. Um Europa nicht den Populisten und extremen Kräften zu überlassen, brauche es mehr Wachstum, makroökonomische Geschlossenheit und Investitionen – sowie Bürokratieabbau.

Bürokratieabbau: „Bei den Betrieben kommt davon zu wenig an“

Bürokratieabbau stand denn auch im Fokus der Rede von Dr. Marcus Walden, Präsident der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, der im Namen der 15 Veranstalter in der Rheingoldhalle begrüßte. Er nahm Bezug auf seine Rede beim Jahresempfang vor zwei Jahren, wo er die Überbürokratisierung anhand der Regelung betrieblicher Toilettenräume veranschaulicht hatte. Statt der erhofften Abschaffung gelte die so genannte Arbeitsstättenregel A3.5 zur Lüftung von Sanitärräumen weiterhin. Zwar habe die Bundesregierung beim Bürokratieabbau erste Schritte eingeleitet, und auch Rheinland-Pfalz habe klare Signale gesetzt. „Doch ebenso klar ist: In den Betrieben kommt davon bislang in der Breite nur wenig an.“

Der IHK-Präsident wirbt, auch mit Blick auf die Landtagswahl am 22.

März, für drei konkrete Ansatzpunkte: Bürokratieabbau müsse politischer Standard werden, „eine Regelung neu – zwei raus“ solle zum Grundprinzip jeder Regulierung werden. Und Verwaltung müsse dort prüfen, wo es nötig ist – und vor allem ermöglichen, wo es möglich ist. Es brauche mutige Entscheidungen, um wirklich voranzukommen. „Mut – auch wenn man damit jemandem auf die Füße tritt. Manchmal auch auf unsere eigenen.“

Die aktuelle IHK-Konjunkturumfrage belege eine zum Jahresstart angespannte Wirtschaftslage. Erste Lichtblicke seien insbesondere in Handel und Industrie zu erkennen. Daran gelte es anzuknüpfen. „2026 ist ein Jahr der Bewährungsproben“, sagte Walden auch mit Blick auf die angekündigten Milliarden-Investitionen von Bund, Ländern und der Europäischen Union. „Die Ausgangslage stimmt. Jetzt müssen wir Tempo machen.“





**Ministerpräsident Schweitzer:
„Vieles geht nur europäisch“**

„Rheinland-Pfalz ist ein starker Wirtschaftsstandort, getragen von einem innovativen Mittelstand und einer leistungsfähigen Industrie. Damit das so bleibt, gilt es unsere Wettbewerbsfähigkeit in unsicheren Zeiten aktiv zu sichern: mit verlässlichen Rahmenbedingungen, schnelleren Verfahren und deutlich mehr Investitionen in Infrastruktur“, hielt Ministerpräsident Alexander Schweitzer im Rahmen einer Gesprächsrunde auf dem Podium fest. Es gelte, den Strompreis weiter abzusenken, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Viele Antworten könnten nur europäisch gegeben werden, mit einem starken Binnenmarkt, fairen Regeln im globalen Wettbewerb und einer Europäischen Union, die wirtschaftliche Stärke, Innovation und Zusammenhalt zusammenbringt.

Ebenfalls mit auf dem Podium war Jörg Frieze, Präsident der Handwerkskammer Rheinhessen und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz. Er machte deutlich: Dem Handwerk gehe es insgesamt gut, allerdings seien der Rückgang an Auszubildenden und eine Vielzahl anstehender Betriebsübergaben eine Belastung. „Stark“ sei das Handwerk durch Sozialbeiträge, Energiekosten und Steuern belastet. Als ungerecht sieht Frieze einen Industriestrompreis an, während Kleinbetriebe und Mittelständler weiterhin die hohen Kosten zu tragen hätten. Zur Stärkung des Mittelstands und der Wirtschaft generell brauche es starke Reformen – und zwar schnell.

„Wir müssen einfach schneller bauen“, forderte der Präsident der Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz, Dr.-Ing. Horst Lenz in der Podiumsdiskussion. Es gelte, Verfahren zu vereinfachen und Verantwortung zu denen zu verlagern, die dies gelernt hätten – nämlich die Planer. Genehmigungen müssten viel schneller und unkomplizierter erteilt werden. „Bezahlbares Wohnen geht nur mit echtem Wettbewerb und starken, regionalen Unternehmen vor Ort“, hielt Lenz fest. Stattdessen gingen immer mehr öffentliche Aufträge an Großbetriebe. Das schade dem Wettbewerb und führe zu Verteuerung. Dazu brauche es einfache, rechtssichere Verfahren.

„Wir sind gefordert, das Gesundheitssystem resilienter zu machen für den Krisenfall“, sagte Sabine Maur, Präsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz. Viele Menschen seien belastet und hätten Zukunftsorgen, was zu einer Zunahme psychischer Erkrankungen beitrage. Knapp ein Drittel der deutschen Bevölkerung leide im Verlauf eines Jahres an einer psychischen Erkrankung. Leider seien, wie die Kammer moniert, die Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz oft inakzeptabel lang. Mehr Psychotherapeuten müssten zugelassen werden.

Hinter dem Jahresempfang der Wirtschaft stehen die Handwerkskammer Rheinhessen und die Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, die Ingenieurkammer, Landesärztekammer, Landesapothekerkammer, Landespflegekammer, Landespsychotherapeutenkammer, Landestierärztekammer,

Landes Zahnärztekammer, Landwirtschaftskammer, Steuerberaterkammer und Wirtschaftsprüferkammer Rheinland-Pfalz sowie die Pfälzische Rechtsanwaltskammer Zweibrücken und die Rechtsanwaltskammer Koblenz.

Torben Schröder, freier Journalist

Weitere Fotos und Informationen zum Jahresempfang der Wirtschaft gibt es unter www.jahresempfang.de





Architektenkammer
Rheinland-Pfalz

Hindenburgplatz 6
55118 Mainz

Tel. (0 61 31) 99 60-0
Fax (0 61 31) 61 49 26

zentrale@akrp.de
www.diearchitekten.org

Hauptgeschäftsführerin:
Annette Müller

Präsident:
Joachim Rind



Foto: Kirsten Bucher, Frankfurt

Chance Sondervermögen

Joachim Rind, Präsident der Architektenkammer Rheinland-Pfalz, drängt auf Tempo bei der Umsetzung von Investitionen im Rahmen des Sondervermögens „Infrastruktur und Klimaneutralität“. Rheinland-Pfalz stehen rund 4,85 Mrd. Euro zur Verfügung.

Herr Rind, jetzt heißt es, ins Umsetzen kommen, aber wo anfangen?

Das Sondervermögen ermöglicht endlich, dringend benötigte kommunale Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Schulen und Kitas kommen allen zugute. Verkehrsräume wie Brücken weisen einen erheblichen Sanierungsstau auf. Städte und Dörfer müssen klimaresilient angepasst und umgebaut werden. Ein großes Feld also.

Wie kann dabei nachhaltig investiert werden?

Bei den Investitionen ist vorausschauende, gute Planung essenziell; der Bauunterhalt der Maßnahmen muss mitgedacht werden. Was nützt eine neue oder top modernisierte Sporthalle, wenn die Gemeinde deren Betrieb nicht stemmen kann? Flexibilität in der Architektur und eine Mischung verschiedener Nutzungen erhöhen beispielsweise die Zukunftsfähigkeit von Gebäuden.

Führen diese umfassenden Überlegungen nicht zu weiteren Verzögerungen von Projekten?

Die Praxis zeigt: Gute Vorbereitung und Bau-Teams mit allen



Joachim Becker, Vizepräsident der Kammer mit Landtagspräsident Hendrik Hering, Ministerpräsident Alexander Schweitzer und Dr. Oliver Kusch (alle SPD)

Foto: Kristina Schäfer

Beteiligten führen zu Beschleunigung und zu höherer Qualität. Dazu braucht es die Planung, Koordination und breitgefächerte Steuerung der Projekte durch unseren Berufsstand.

„Gute Vorbereitung und Bau-Teams mit allen Beteiligten führen zu Beschleunigung und zu höherer Qualität.“

Was verzögert dann die Umsetzung der dringend benötigten Maßnahmen?

Ein stetiger Zuwachs von Prüfungen und Nachweisen in unseren ohnehin stark regulierten Verfahren – sei es bei Bewerbungs- und Vergabeverfahren

für Planungs- und Bauaufgaben, Prüfverfahren für Fördergelder, Bebauungsplanverfahren oder Genehmigungsverfahren für Bauanträge. Bearbeitungsaufwand und Zeitverlust stehen in keinem Verhältnis mehr zur reinen Bauzeit. Allerdings hat sich in Rheinland-Pfalz bereits einiges zum Besseren bewegt.

Ein Bau-Turbo?

Ein wichtiger Schritt dorthin. Der Landesgesetzgeber hat im September Baubestimmungen geändert, um das Bauen zu vereinfachen. Das ermöglicht beiden Seiten, den Planenden und den zuständigen Behörden, mehr Verantwortung zu übernehmen und Ermessensspiel-

räume zu nutzen. Aktuell tourt eine Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem zuständigen Finanzministerium durchs Land, um die Neuerungen den Architektinnen und Architekten wie auch den kommunalen Verwaltungen vorzustellen. Das zeigt: Wir brauchen Politik und intensiven Austausch!

Die Förderung der Baukultur, des Bauwesens, der Landschaftspflege und der städtebaulichen Entwicklung gehören zum gesetzlichen Auftrag der Architektenkammer Rheinland-Pfalz. Sie vertritt die berufspolitischen Interessen ihrer rund 6.000 Mitglieder und bietet alle Services der Selbstverwaltung sowie Beratung an.



Vorstand und Hauptgeschäftsführung mit Staatssekretär Michael Hauer, Umweltministerium RLP und Mitgliedern der GRÜNE FRAKTION



Edda Kurz und Joachim Becker, Präsidium, mit den Ministerinnen Doris Ahnen (SPD) und Daniela Schmitt (FDP)

Foto: Kristina Schäfer



„Ein starker Sozialstaat und verlässliche Werte lassen sich dauerhaft nur auf der Grundlage einer wachsenden Wirtschaft sichern. Wachstum ist kein Gegenmodell zur sozialen Verantwortung, sondern ihre Voraussetzung.“

Hans-Jörg Frieze



Frank Baumeister (Vollversammlung der HWK) mit Landrat Thomas Barth

Foto: Stefan Sämmer



Anja Obermann mit Landrat Heiko Sippel

Foto: Stefan Sämmer

**Handwerkskammer
Rheinhausen**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Tel. (0 61 31) 99 92-0
Fax (0 61 31) 99 92-63

info@hwk.de
www.hwk.de

Vizepräsidenten:
Christine Merkel-Köppchen
Gerhard Wunsch

Präsident:
Hans-Jörg Frieze



Foto: Handwerkskammer Rheinhausen



Jan Metzler, MdB, Anja Obermann (Hauptgeschäftsführerin HWK), Dirk Egner (GF der Kreishandwerkerschaften AZ/WO und MZ/BI)

Foto: Stefan Sämmer



Hans-Jörg Frieze (Präsident) im Gespräch mit Jean-Claude Juncker (Ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission)

Foto: Stefan Sämmer

**Vermögen erarbeiten,
einsetzen, erhalten.**

**Morgen
kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.



Von Mittelstand zu Mittelstand.

Liquidität planen, Investitionen sichern, Vermögen erhalten. Mit dem richtigen Partner gelingt dies. Nutzen Sie deshalb eine ehrliche, kompetente und glaubwürdige Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät – unsere **Genossenschaftliche Beratung**.



Vereinbaren Sie einen Termin!

volksbanking.de/termin
Telefon: 06131 148-8000

**Volksbank
Darmstadt Mainz**



Industrie- und
Handelskammer
für Rheinhessen

Schillerplatz 7
55116 Mainz
Tel. (0 61 31) 2 62-0
service@
rheinessen.ihk24.de
www.ihk.de/rheinessen

Einladungen und
Neuigkeiten aus der IHK:
www.ihk.de/rheinessen/
news

Ergänzende Infos:
ihk.de/rheinessen/
buerokratiemelder
ihk-rlp.de/landtagswahl2026

Hauptgeschäftsführerin:
Karina Szwede

Präsident:
Dr. Marcus Walden



Foto: Ben Pakalski

Fokus Wirtschaftswachstum – den Schalter jetzt umlegen

Globale Unsicherheiten, geopolitische Spannungen und hohe Kosten prägen derzeit die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das bestätigen die ersten Ergebnisse der IHK-Konjunkturumfrage zum Jahresstart 2026: Die Lage der Unternehmen bleibt angespannt, Investitionen und Beschäftigungspläne sind zurückhaltend. Gleichzeitig zeigen sich erste vorsichtige Lichtblicke – vor allem im Handel und in der Industrie. Für die IHK für Rheinhessen ist klar: Ein handlungsfähiges Europa ist wichtig, doch Wettbewerbsfähigkeit entscheidet sich auch ganz konkret vor Ort.

2025 war für die IHK ein Jahr intensiver Standortarbeit und neuer Dialogformate. Die Konjunkturergebnisse haben erneut deutlich gemacht, wie stark Bürokratie, Energiepreise und Fachkräftemangel die Betriebe belasten. Darauf hat die IHK mit klaren Positionierungen und direktem Austausch reagiert. Mit dem Gesprächsformat „Zur Sache Wirtschaft“ wurden Themen wie Investitionsanreize, Infrastruktur und Fachkräftesicherung unmittelbar mit politischen Entscheidungsträgern diskutiert.

„Der Blick nach Europa ist mehr als eine Notwendigkeit – er ist eine Chance.“

Auch strukturell gab es wichtige Impulse: Das Dienstleistungszentrum Worms ist in neue Räume gezogen – mitten ins Netzwerk aus Digitalwirtschaft, Startups und Mittelstand. Mit dem Handelsdialog Rheinhessen wurde 2025 eine neue Plattform etabliert, um den stationären Handel zu stärken, Digitalisierung voranzubringen und Innenstädte sichtbarer zu machen. Ausbildungsinitiativen und Berufsorientierungsformate leisteten erneut einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in der Region.

Der Blick nach Europa ist dabei mehr als eine Notwendigkeit – er ist eine Chance. Für Unternehmen sind stabile Handelsbeziehungen, verlässliche Regeln und der euro-

päische Binnenmarkt zentrale Standortfaktoren. Die Europäische Union bietet dafür den richtigen Rahmen – wenn sie geschlossen handelt und Handelshemmnisse abbaut. Die Verzögerung des EU-Mercosur-Abkommens bremst Wachstumspotenziale, während das neue Handelsabkommen mit Indien zeigt, welche Chancen offene Märkte bieten.

Damit politische Entscheidungen im Unternehmensalltag ankommen, braucht es weniger Bürokratie: Mit dem neu eingeführten Bürokatiemelder hat die IHK für Rheinhessen ein Instrument geschaffen, mit dem Unternehmen konkrete Hemmnisse melden und direkt zur Vereinfachung von Verfahren beitragen können.

Mit Blick auf die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 22. März 2026



Europa im Fokus: Beim Jahresempfang der Wirtschaft 2026 hielt der frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ein klares Plädoyer für einen starken Binnenmarkt.

Foto: Alexander Sell

bringt sich die IHK für Rheinhessen gemeinsam mit der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz aktiv ein – mit klaren wirtschaftspolitischen Positionen und dem IHK-

Wahlgipfel als Plattform für den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik. Ziel bleibt es, den Schalter für Wachstum umzulegen – für einen starken Wirtschaftsstandort.

ISB | Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz

ZUKUNFT. FÖRDERN. WERTE SCHAFFEN.

**WIR FÖRDERN
DEN MITTELSTAND**

Investieren Sie jetzt in Ihre Geschäftsidee und die Zukunft Ihres Unternehmens mit den Förderangeboten der ISB.

Starke Planung für Deutschland durch handlungsfähige Gesetzgebung und konsequenten Bürokratieabbau

Der Planungs- und Bausektor ist seit jeher ein wesentlicher Pfeiler der wirtschaftlichen Stabilität in Deutschland, weil die Wertschöpfung überwiegend im Land bleibt. Planende Ingenieurinnen und Ingenieure übernehmen dabei eine Schlüsselrolle: Sie entwickeln und realisieren tragfähige, zukunftsorientierte Lösungen für die Anforderungen unserer Zeit. Mit fachlicher Expertise und der Fähigkeit, komplexe Herausforderungen zu beherrschen, prägen sie nicht nur Bauwerke, sondern leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer leistungsfähigen Wirtschaft und zu einer zukunftsfesten Infrastruktur.

Wirksamer Bürokratieabbau ist eine zentrale Voraussetzung für schnelleres, kostengünstigeres und qualitativ hochwertiges Bauen. In Genehmigungsverfahren sollte sich die behördliche Prüfung daher konsequent auf die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen beschränken. Die fachliche Verantwortung für Planung und Ausführung eines Bauprojekts liegt bei den beauftragten Ingenieuren. Diese Verantwortung ist untrennbar mit persönlicher Haftung verbunden. Daher braucht es mehr Vertrauen in die Kompetenz dieser Berufsgruppe, statt zusätzliche Prüfschleifen und Doppelkontrollen zu etablieren, die Verfahren verzögern, ohne die Qualität zu erhöhen.

Gleichzeitig ist eine klare Regelung des Berufsausübungsrechts für alle Planenden erforderlich. Hochqualifizierte ingenieurtechnische Leistungen dürfen nur von Personen erbracht werden, die über einen entsprechenden qualifizierten Abschluss verfügen. Die derzeitige Situation, in der fachlich anspruchsvolle Gutachten ohne ingenieurwissenschaftliche Ausbildung erstellt werden dürfen, während der Ingenieurberuf selbst strengen Zugangs- und Haftungsregeln unterliegt, ist nicht sachgerecht im Sinne des



Ehrengast des Abends, Jean-Claude Juncker, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission (2.v.l.) mit Kammergeschäftsführer Martin Böhme (2.v.r.), Dr.-Ing. Horst Lenz, Präsident der Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz (rechts) und Walter Sesterhenn, Präsident der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz (links) beim Vorempfang.

Foto: Kristina Schäfer

Verbraucherschutzes. Die Kernaussage lautet: Nur wer über einen qualifizierten Abschluss als Ingenieur verfügt, sollte auch die hochqualifizierten Tätigkeiten dieses Berufs ausüben dürfen.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Vergabebesleunigungsgesetz und der europäischen Position zur öffentlichen Auftragsvergabe ist der Losgrundsatz von zentraler Bedeutung. Er ist seit über 70 Jahren ein tragender Pfeiler des deutschen Vergaberechts und garantiert fairen Wettbewerb und regionale Wertschöpfung. Die Bau- und Planungsbranche in Deutschland ist überwiegend mittelständisch geprägt: Über 90 Prozent der Bauunternehmen beschäftigen weniger als 100 Mitarbeitende, Planungsbüros sogar überwiegend weniger als 50. Eine verstärkte Vergabe an Generalunternehmer würde gewachsene Strukturen gefährden und führt laut Studien zu Mehrkosten von rund 20 Prozent, zugleich würde die regionale Wirtschaft geschwächt, Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Wissen würden verloren gehen.

Gerade vor dem Hintergrund aktueller Bemühungen, das

Bauen günstiger zu machen, etwa durch Initiativen wie den Gebäudetyp E, würde eine Aufweichung des Losgrundsatzes ein falsches Signal senden. Auch das Europäische Parlament spricht sich ausdrücklich dafür aus, die losweise Vergabe als Grundprinzip beizubehalten, um kleinen und mittleren Unternehmen weiterhin einen fairen Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen zu ermöglichen.

Nicht zuletzt gilt: Wenn sich

Kommunen nicht mehr zutrauen, Vergabeverfahren gemeinsam mit ihren regionalen Betrieben zu organisieren, sollten sie erst recht davon absehen, komplexe Vertragsverhandlungen mit Generalunternehmen und deren Rechtsabteilungen zu führen. Eine starke regionale Wirtschaft, qualitätsgesicherte Planung und effiziente Verfahren lassen sich nur durch Vertrauen in qualifizierte Fachkräfte und durch die Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort nachhaltig sichern.



Kammerpräsident Dr.-Ing. Horst Lenz fordert in der Talkrunde des Jahresempfangs ein einfaches und faires Vergaberecht, das mittelständischen Ingenieurbüros die Teilnahme an Ausschreibungen erleichtert und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Stärkung der regionalen Wirtschaft beiträgt.

Foto: Kristina Schäfer

Ingenieurkammer
Rheinland-Pfalz
Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Geschäftsführer:
Martin Böhme

Rheinstraße 4a
55116 Mainz

Tel. (061 31) 9 59 86-0
Fax (061 31) 9 59 86-33

info@ing-rlp.de
www.ing-rlp.de

Besuchen Sie uns auf
Facebook und Instagram:
facebook.com/
ingenieurkammer.rlp
instagram.com/
ingenieurkammer_rlp

Präsident:
Dr.-Ing. Horst Lenz



Foto: Lea Weber





Landesärztekammer
Rheinland-Pfalz

Landesärztekammer
Rheinland-Pfalz

Mittlere Bleiche 40
55116 Mainz

Tel. (06131) 28822-0
Fax (06131) 28822-88

kammer@laek-rlp.de
www.laek-rlp.de

Vize-Präsidenten:
SR Dr. Michael Fink
SR Dr. Bernhard Lenhard

Präsident:
Dr. Günther Matheis



Foto: Landesärztekammer/
Michaela Kabon

Ein attraktiver Arztberuf dient der Gesundheit aller Menschen

Zum Jahresbeginn wünschen sich die Menschen zuallererst Gesundheit – und dies mit gutem Grund. Körperliches wie seelisches Wohlergehen stehen an oberster Stelle der menschlichen Prioritätenliste. Die Gesundheit ist unabdingbare Voraussetzung für alle Ziele und Anliegen, denen sich Menschen widmen. Und die Ärzteschaft hat sich dem Primat verschrieben, allen Patienten optimale Therapiemöglichkeiten auf Basis des aktuellen Stands der Wissenschaft zukommen zu lassen.

Die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz mit ihren über 24.000 Mitgliedern ergreift als Institution Stimme für eine bestmögliche Patientenversorgung, für die eine freie Wahl des Arztes Grundvoraussetzung ist. Gleichmaßen unverzichtbar ist die Therapiefreiheit: Ärzte müssen sich für die Behandlungsmethode entscheiden dürfen, die sie kraft ihrer Fachkompetenz als am förderlichsten beurteilen.

„Die Landesärztekammer unterstützt die Forderung nach familienfreundlichen und modernen Arbeitsbedingungen mit intelligenten Zeitmodellen, fairer Bezahlung, damit der Arztberuf attraktiv bleibt.“

Dr. Günther Matheis

Freiheit und Verantwortung: Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die Profession des Arztes und der Ärztin. Die Attraktivität dieses freien Berufs speist sich aus der Möglichkeit, selbstbestimmt innerhalb der Vertrauensbeziehung zum Patienten helfen und heilen zu können. Wir als Landesärztekammer wollen diese essenziellen Rahmenbedingungen schützen.



Von links: Peter Stahl (Präsident der Landesapothekerkammer), Dr. Günther Matheis (Präsident der Landesärztekammer) und Dr. Andreas Ammer (1. Vizepräsident der Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Koblenz).

Foto: Michaela Kabon

Der Arztberuf befindet sich allerdings auch im Wandel: Die nachwachsende Mediziner-Generation fragt nicht mehr nur nach Verdienstmöglichkeiten und Aufstiegschancen, sondern auch danach, wie sich die Rollen der Ärztin und des Arztes mit denen der Rolle der Mutter und des Vaters vereinbaren lassen. Familienfreundlichkeit wird somit in Praxen und Krankenhäusern als Faktor immer bedeutender, um Arbeitskräfte zu gewinnen.

Die Landesärztekammer unterstützt die Forderung nach familienfreundlichen und modernen Arbeitsbedingungen mit intelligenten Zeitmodellen, fairer Bezahlung, damit der Arztberuf attraktiv bleibt. Doch dafür müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen: Bürokratische Hürden müssen endlich abgebaut werden. Die Anzahl der Studienplätze muss hingegen stetig erhöht werden, da viele Ärzte den Ruhestand in Sichtweite haben. Der Gesetz-



Von links: Cécile Lepper-Hasche (Leiterin der Abteilung Gesundheit und Pharmazie am Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung), Heinz-Joachim Schicht (Vorstand der Assekuranz AG) und Dr. Günther Matheis (Präsident der Landesärztekammer).

Foto: Michaela Kabon

geber ist ebenso gefordert, die Bedingungen für die Weiterbildung zum Facharzt bei der Krankenhausreform immer im Blick zu behalten.

Für all dies braucht es Beharrlichkeit, Mut und Kreativität.

Gelingt dies, werden wir als Gesellschaft auch künftig das Feld für einen Arztberuf bestellen, an dem auch künftige Mediziner-Generationen ihre Freude haben und der sich heilend auf die Gesundheit aller Menschen auswirkt.

Gemeinsam mehr erreichen

Die Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz ist für über 3.600 Zahnärztinnen und Zahnärzte im Bundesland die Anlaufstelle, das Beratungszentrum und die berufsständische Heimat. Ob Fortbildung, Qualitätssicherung oder Verbraucherschutz, die Landeszahnärztekammer engagiert sich zum Wohle der Patientinnen und Patienten.

Unser Ziel ist, die Behandlungsqualität in den einzelnen Praxen auf dem bekannt hohen Niveau auch in Zukunft zu gewährleisten. Ein Pfeiler dabei ist die Fort- und Weiterbildung unserer Mitglieder. Mit der Fortbildungspflicht und dem Fortbildungswillen der rheinland-pfälzischen Zahnärzteschaft wird sichergestellt, dass fachliche sowie interdisziplinäre Kenntnisse und die Einübung von klinisch-praktischen Fähigkeiten bei berufstätigen Zahnärztinnen und Zahnärzten ständig aktualisiert und weiterentwickelt werden.

Unser alle zwei Jahre stattfindender Kongress „Zahnheilkunde“ ermöglicht den Zahnärztinnen und Zahnärzten, neben ihrem Praxisalltag auch wissenschaftlich auf dem neuesten Stand zu bleiben. Auch im Jahr 2026 erörtern hochkarätige Referenten in Mainz wissenschaftliche Fakten, präsentieren Fälle und vermitteln so den State of the Art. Sie erhalten beispielsweise einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Zahnerhaltung, Parodontologie, Implantologie, Prothetik, Chirurgie und Kieferorthopädie sowie Prävention und Mundgesundheits bei Senioren. Die Zahnärzteschaft übernimmt Verantwortung für diese stetig wachsende Patientengruppe mit ihren besonderen Bedürfnissen.

Mit Forschung und Wissenschaft, mit Universitäten, Behörden und Privatinstitutionen steht die Landeszahnärztekammer im engen Kontakt. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist sie Partnerin der



Ehrenamtsträger der Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz (v. l. n. r.): Dr. Michael Orth, Vorsitzender der Bezirkszahnärztekammer Pfalz; Dr. Jochen Klemke, Vorsitzender der Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz; Dr. Andrea Habig-Mika, Vorsitzende der Bezirkszahnärztekammer Rheinhessen und Matthias Gloede, stellvertretender Vorsitzender der Bezirkszahnärztekammer Rheinhessen.

Foto: Torsten Zimmermann

Politik und unterstützt die eigenverantwortliche und fachlich unabhängige Tätigkeit der Profession.

Zahnärztinnen und Zahnärzte in Rheinland-Pfalz sind verlässliche Ansprechpartner ihrer Patientinnen und Patienten und verantwortungsbewusste Arbeitgeber. Darüber hinaus tragen sie in vielfältiger Weise zum Gemeinwohl bei. So engagieren sich zahlreiche rheinland-pfälzischen Zahnärztinnen und Zahnärzte in Kindergärten und Schulen. Tatkräftige zahnärztliche Unterstützung gibt es auch in vielen Alten- und Pflegeheimen sowie für Obdachlose und Geflüchtete. Auch im Ausland sind rheinland-pfälzische Zahnärztinnen und Zahnärzte mit großer Hilfsbereitschaft und Herzblut im Einsatz. Sie unterstützen Projekte in Entwicklungsländern und helfen praktisch vor Ort, zum Beispiel in Ruanda, dem Partnerland von Rheinland-Pfalz.



Im Austausch: Festredner und Präsident der Europäischen Kommission a. D. Jean-Claude Juncker mit dem Ehrenpräsidenten der Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz, Sanitätsrat Dr. Michael Rumpf.

Foto: Torsten Zimmermann

**Landeszahnärztekammer
Rheinland-Pfalz**

Langenbeckstraße 2
55131 Mainz

Tel. (0 61 31) 9 61 36 60
Fax (0 61 31) 9 61 36 89

info@lzk.de
www.lzk.de

Vize-Präsident:
Sanitätsrat Dr. Peter Mohr

Präsident:
Sanitätsrat
Dr. Wilfried Woop



Foto: Jörg Puchmüller



Landespflegekammer
Rheinland-Pfalz

Große Bleiche 14-16
55116 Mainz

Tel. (061 31) 3 27-380
Fax (061 31) 3 27-3899

info@pflegekammer-rlp.de
www.pflegekammer-rlp.de

Vizepräsidentin:
Andrea Bergsträßer

Präsident:
Dr. Markus Mai



Foto: Lisa Treusch Fotografie

Zehn Jahre Landespflegekammer Rheinland-Pfalz – Stabilität und Standards für ein zentrales Berufsfeld

Zehn Jahre Landespflegekammer Rheinland-Pfalz stehen für den Aufbau verlässlicher Strukturen in einem der größten und zugleich sensibelsten Arbeitsfelder des Landes. Die berufliche Selbstverwaltung der Pflege war kein Selbstläufer: Bereits seit den 1970er-Jahren wurde über Pflegekammern diskutiert, in den 1990er-Jahren gewann die Idee an fachlicher und politischer Substanz. Mit der Novellierung des Heilberufesgesetzes im Dezember 2014 schuf der Rheinland-Pfälzische Landtag mit der Zustimmung aller Parteien schließlich die Grundlage für die erste Pflegekammer Deutschlands.

Seit Aufnahme ihrer Arbeit im Jahr 2016 hat sich die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz von einer neu gegründeten Körperschaft zu einem festen Akteur im Gesundheitswesen entwickelt. Ihr Auftrag: klare berufliche Standards schaffen, Qualität sichern und Verantwortung aus der Profession heraus organisieren.

Zu den zentralen Leistungen zählen der Aufbau des bundesweit ersten vollständigen Registers von Pflegefachpersonen sowie die Entwicklung der ersten von Pflegefachpersonen selbst erarbeiteten Berufsordnung. Für Arbeitgeber und Träger bedeutet dies Transparenz, Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit in einem stark regulierten Markt. Mit der bundesweit ersten Weiterbildungsordnung (2018) und der ersten Fortbildungsordnung (2025) wurden zudem verbindliche Rahmenbedingungen für Qualifikation und Kompetenzentwicklung geschaffen – ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur langfristigen Qualität der Versorgung.

Auch darüber hinaus übernimmt die Kammer Aufgaben mit unmittelbarer Systemwirkung: Die Fachsprachprüfung „Pflege B2“ erleichtert die Integration internationaler Fach-



Kammerpräsident Dr. Markus Mai mit Dörte Schall, Ministerin für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz und Vizepräsidentin Andrea Bergsträßer bei der Verleihung des Pflegepreises am 3. Dezember in der Mainzer Rheingoldhalle.

Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, Fotos: Kevin Lehmann

kräfte, Beratungs- und Informationsangebote, monatliche Webinare zur Fortbildung unterstützen Pflegefachpersonen in einem zunehmend komplexen Berufsalltag. Der von der Pflegekammer organisierte jährliche Pfllegetag Rheinland-Pfalz hat sich als zentrale Austauschplattform etabliert, die Pflege, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenbringt.

Gleichzeitig ist die Pflegekammer bis heute Gegenstand kontroverser Diskussionen innerhalb der Berufsgruppe. Während viele Pflegefachpersonen mehr Mitsprache, Professionalisierung und eine stärkere Stimme wahrnehmen, kritisieren andere Bürokratie, Pflichtstrukturen oder einzelne Regelungen. Diese Spannungen zeigen: Der Aufbau beruflicher Selbstverwaltung ist kein konfliktfreier Prozess, sondern erfordert kontinuierliche Weiterentwicklung und Dialog.

Ein wesentliches Merkmal der Kammer ist ihre demokratische Verfasstheit. Die Vertreterversammlung als oberstes Organ wird von allen Kammermitglie-

dern gewählt, entscheidet über grundlegende Fragen und bestimmt den Vorstand. Damit unterscheidet sich die Pflegekammer klar von staatlicher Verwaltung: Verantwortung liegt bei der Profession selbst.

Nach zehn Jahren lässt sich festhalten: Die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz hat

unter anspruchsvollen Bedingungen Strukturen geschaffen, die heute tragfähig sind – für Pflegefachpersonen, Arbeitgeber und das Gesundheitssystem insgesamt.

Oder, wie Kammerpräsident Dr. Markus Mai es formuliert: „Die Kammerbewegung ist ein Marathon, kein Sprint.“



Besucherrekord, erweitertes Programm und beste Stimmung: Der Pfllegetag Rheinland-Pfalz am 4. Dezember 2025 war ein voller Erfolg. „Wir stehen für Verlässlichkeit – indem wir füreinander eintreten, uns weiterentwickeln und miteinander sowie mit der Politik im Dialog bleiben“, Kammerpräsident Dr. Markus Mai in seiner Eröffnungsrede.

Psychische Erkrankungen erfordern professionelle Behandlung!

Knapp ein Drittel der deutschen Bevölkerung leidet im Verlauf eines Jahres an einer psychischen Erkrankung. Besonders bei Kindern und Jugendlichen hinterlassen die zahlreichen Krisen unserer Zeit Spuren: Viele von ihnen sind psychisch stark belastet, einige psychische Erkrankungen haben zugenommen. **Psychotherapie ist ein zentraler, in seiner Wirksamkeit gut belegter Behandlungsansatz für nahezu alle psychischen Erkrankungen.**

Um die professionelle Behandlung psychisch erkrankter Patient*innen kümmern sich in Rheinland-Pfalz rund 3.000 Psychotherapeut*innen, deren

berufsständische Vertretung die Landespsychotherapeutenkammer ist. Die Kammermitglieder sind hochqualifiziert durch ein fünfjähriges Universitätsstudium sowie eine mehrjährige berufsqualifizierende Aus- bzw. Weiterbildung und verfügen über eine Approbation. Sie behandeln Patient*innen in ambulanten Praxen, in Kliniken, im Maßregelvollzug, in Beratungsstellen, in psychosozialen Zentren und in der Erziehungshilfe.

Leider sind die Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz auch in vielen Gebieten von Rheinland-Pfalz inakzeptabel lang.



Kammerpräsidentin der LPK RLP Sabine Maur und Geschäftsführerin Petra Regelin mit Ministerpräsident Alexander Schweitzer

Foto: Kristina Schäfer

Die Landespsychotherapeutenkammer setzt sich daher seit Langem für die Zulassung von mehr Psychotherapeut*innen

ein, um eine angemessene psychotherapeutische Versorgung zu sichern.



v.l.n.r.: Sabine Maur, Familien- und Integrationsministerin Katharina Binz, Vizepräsidentin der LPK RLP Dr. Andrea Benecke und Petra Regelin

Foto: Kristina Schäfer



Kammervorstand und Geschäftsführerin der LPK RLP mit Kammermitgliedern

Foto: Kristina Schäfer

LandesPsychotherapeuten-
Kammer Rheinland-Pfalz
Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Diether-von-Isenburg-Str.
9-11, 55116 Mainz

Tel. (0 61 31) 9 30 55-10
Fax (0 61 31) 9 30 55-20

www.facebook.com/LPKRLP
www.instagram.com/lpk_rlp
www.linkedin.com/company/lpkrlp/

Geschäftsführerin:
Petra Regelin

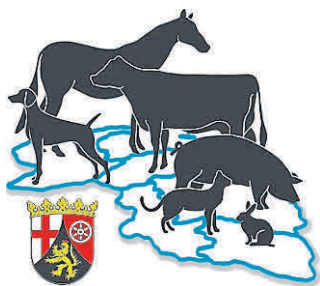
Präsidentin:
Sabine Maur



Foto: Lisa Krieg Fotografie

Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz ...

- ✓ ist die **berufsständische Vertretung** von rund 3.000 Psychotherapeut*innen, die in Rheinland-Pfalz tätig sind
- ✓ setzt sich für die **Interessen von Menschen** mit psychischen Erkrankungen und den **Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung** ein
- ✓ **unterstützt Ratsuchende** durch die Bereitstellung von Informationen
- ✓ ist **Ansprechpartnerin** für alle Themen rund um die psychische Gesundheit



Landestierärztekammer
Rheinland-Pfalz

Marktstraße 3
66869 Kusel

Tel. (06381) 429 195
Fax (06381) 429 196

E-Mail: info@ltk-rlp.de

Geschäftsführerin
Melanie Schröder

Vizepräsident
Kurt Kohl

Präsidentin:
Alexa Bach



Foto: Anna Peter

Tierärztlicher Berufsstand weiterhin unter erheblichem Druck

Zunehmende Dokumentationspflichten und eine überbordende Bürokratisierung belasten den Arbeitsalltag in Praxen und Tierkliniken spürbar. Gesetzliche Vorgaben, die bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht vielfach über das erforderliche Maß hinausgehen, führen zu einem erheblichen Mehraufwand, der wenig mit der eigentlichen Kernaufgabe unseres Heilberufs zu tun hat. Tierärzte wollen Tiere behandeln, versorgen und schützen – stattdessen nimmt der bürokratische Aufwand stetig zu. Dies betrifft den Kleintierbereich ebenso wie die Groß- und Nutztierpraxis.

Ein zentrales Thema bleibt dabei der Fachkräftemangel. Sowohl approbierte Tierärztinnen und Tierärzte als auch Tiermedizinische Fachangestellte sind vielerorts schwer zu gewinnen. Besonders im ländlichen Raum spitzt sich die Situation weiter zu. Hohe Arbeitsbelastung, Not- und Bereitschaftsdienste sowie steigende organisatorische Anforderungen erschweren es zunehmend, junge Kolleginnen und Kollegen dauerhaft für eine Tätigkeit in der Fläche zu begeistern, der Schritt in die Selbstständigkeit wird immer seltener. Moderne Arbeitszeitmodelle ermöglicht durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetze, Zusammenarbeit innerhalb des Berufsstandes und verlässliche Strukturen sind daher unverzichtbar, um die tierärztliche Versorgung auch künftig sicherzustellen.

Von besonderer Bedeutung für den Berufsstand war die seit November 2022 geltende neue Gebührenordnung für Tierärzte (GOT). Nach jahrzehntelangem Stillstand war ihre Novellierung zwingend erforderlich, um die gestiegenen Anforderungen an Diagnostik, Therapie, Hygiene, Personal und Dokumentation realistisch abzubilden. Die neue GOT schafft die wirtschaftlichen Grundlagen für eine qualitativ hochwertige tiermedizinische Versorgung und ist Voraussetzung dafür, Angestellte angemessen zu bezahlen sowie Praxen und Kliniken zukunftsfähig aufzustellen.



Die in 2026 anstehende Evaluierung der GOT wird dabei zeigen: eine angemessene Vergütung tierärztlicher Leistungen dient nicht nur dem Berufsstand, sondern unmittelbar auch dem Erhalt der tiermedizinischen Versorgung im Land.

Die Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz begleitet diese Entwicklungen kritisch und konstruktiv. Zu ihren zentralen Aufgaben gehören die Wahrnehmung der Berufsaufsicht, die Förderung von Fort- und Weiterbildung sowie die berufspolitische Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung. Ziel ist es, Rahmenbedingungen einzufordern, die eine flächendeckende, qualitativ hochwertige tierärztliche Versorgung ermöglichen – mit weniger Bürokratie, verlässlichen Strukturen und echten Entwicklungsperspektiven für den Berufsstand im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Zwängen, gesetzlichen Vorgaben, Erwartungen von Besitzern und Verantwortung unseren Patienten gegenüber.



Fotos: Landesärztekammer

2026 bringt steuerliche Erleichterung

Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen profitieren von finanzieller Entlastung

„Jedes neue Jahr bringt vor allem für Unternehmer zahlreiche Herausforderungen. 2026 macht da keine Ausnahme“, sagt der Präsident der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz (SBK), Walter Sesterhenn. „Einige Entlastungen für die Wirtschaft sind nun beschlossene Sache, bei anderen bleiben noch viele Unwägbarkeiten im Raum stehen und die Unsicherheit bei den Unternehmen ist spürbar groß.“

Auch Arbeitnehmer, Familien und ehrenamtlich Engagierte profitieren 2026 von verschiedenen Entlastungen. So stieg der steuerliche **Grundfreibetrag** auf 12.348 Euro pro Person; Eltern stehen steuerliche Freibeträge in Höhe von insgesamt 9.756 Euro pro Kind zu. Damit eine Gehaltserhöhung nicht zu einer schleichenden Steuererhöhung führt, wird gleichzeitig auch der Einkommensteuertarif angepasst. So bleibt 2026 wieder mehr Netto vom Brutto.

Die weiteren Änderungen im Überblick:

Für Privatpersonen

Die neue **Aktivrente** unterstützt alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die über das Regelrentenalter hinaus beruflich aktiv bleiben wollen. Zusätzlich zur regulären Altersrente können bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei dazuverdient werden.

2026 wird auch das Ehrenamt steuerlich entlastet: Die **Ehrenamtszuschale** steigt auf 960 Euro, die pro Jahr steuerfrei ausgezahlt werden dürfen. Der Übungsleiterfreibetrag, den unter anderem Trainer, Ausbilder, Betreuer und Bildungsverantwortliche beziehen dürfen, steigt auf 3.300 Euro pro Jahr. Beide Steuerbefreiungen setzen vo-



Das Präsidium der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz (v.l.n.r.) Ralf Nick, Präsident Walter Sesterhenn, Karin Willig und Nadine Michel mit Jean-Claude Juncker. Foto: Kristina Schäfer

raus, dass die Tätigkeit einem gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zweck dient.

Für Arbeitnehmer und Auszubildende

Zum 1. Januar stieg der **Mindestlohn** auf 13,90 Euro pro Stunde und damit auch die Verdienstgrenze bei Minijobs. Diese liegt nun bei 603 Euro. Die Mindestvergütung für Auszubildende erhöhte sich ebenfalls: im ersten Jahr 724 Euro, im zweiten 854 Euro und im dritten 977 Euro monatlich; bei Tarifverträgen sind Abweichungen möglich.

Ab 2026 beträgt die **Entfernungspauschale** 38 Cent pro Kilometer ab dem ersten Kilometer (bisher: ab dem 21. Kilometer). Auch Pendler, die mit ihrem zu versteuernden Einkommen unter dem Grundfreibetrag liegen und deren erste Tätigkeitsstätte mehr als 21 Kilometer von der Wohnung entfernt liegt, dürfen sich freuen: Die **Mobilitätsprämie ist nun unbefristet verfügbar**. Sie wird auf Antrag vom Finanzamt ausgezahlt.

Wer beruflich veranlasst eine **Wohnung im Ausland** nutzt, darf ab diesem Jahr einen Höchstbetrag von 2.000 Euro monatlich für die **doppelte Haushaltsführung** ansetzen. Die neue Obergrenze für Auslandsfälle ersetzt die bisherige Einzelfallprüfung. Im

Inland bleibt es bei 1.000 Euro pro Monat.

Für Unternehmer

Zum Jahresanfang endete die „Schonfrist“ bei der **Umsatzsteuer bei Online-Events und digitalen Dienstleistungen an Privatpersonen**. Bei digitalen Veranstaltungen wird nun klar getrennt, ob es sich um ein Live- bzw. Hybrid-Event handelt oder ob es um vorproduzierte Inhalte wie vorab aufgezeichnete Webinare geht, für die der Regelsteuersatz von 19 Prozent gilt. Für Live- und Hybrid-Events hingegen kommt eine Steuerbefreiung oder der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent in Betracht.

Gute Nachrichten gibt es im Bereich Energiekosten: Die **Stromsteuer** wird für produzierende Unternehmen sowie die Land- und Forstwirtschaft dauerhaft auf den EU-Mindeststeuersatz gesenkt. Davon profitieren bundesweit mehr als 600.000 Unternehmen in stromintensiven Industriezweigen, aber auch lokale Betriebe mit hohem Stromverbrauch, beispielsweise Bäckereien oder Bauunternehmen.

Auch **Gastronomiebetriebe** können aufatmen: Für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen gilt seit dem 1. Januar der reduzierte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent für Speisen (nicht jedoch für Ge-

tränke). Diese Erleichterung spüren auch gastronomische Einrichtungen wie Bäckereien oder Metzgereien mit Imbissangebot, Catering-Anbieter und Anbieter von Kita-, Schul- und Krankenhausverpflegung.

Steuerberaterbranche: ein Beruf mit Zukunft

Einen umfassenden Überblick über alle aktuellen Steueränderungen haben die über 4.100 Steuerberater in Rheinland-Pfalz. „Die Bezeichnung Steuerberater steht für eine fundierte Ausbildung, jahrelange Berufserfahrung und hohe Fachkompetenz“, erklärt Kammerpräsident Sesterhenn. Es sei auch erfreulich, dass das Interesse an der Branche seit Jahren konstant ist. „Die Ausbildung zum/zur Steuerfachangestellten ist bundesweit sogar diejenige mit der höchsten Zufriedenheit der Auszubildenden“, bekräftigt er. „Dies spricht für die hervorragenden Bedingungen, die die Kanzleien für ihre Auszubildenden schaffen.“

Die Steuerberaterkammer unterstützt sowohl Kanzleien bei der Bewerbersuche als auch Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz mit entsprechenden Angeboten. Für Auszubildende, Ausbilder und Lehrkräfte stellt die Kammer die digitale Lernplattform Azubinet zur Verfügung, welche im vergangenen Jahr startete.

Steuerberaterkammer
Rheinland-Pfalz

Hölderlinstraße 1
55131 Mainz

Tel. (0 61 31) 95 21 00
Fax (0 61 31) 95 21 040

info@sbk-rlp.de
www.sbk-rlp.de

Vize-Präsidenten:
Ralf Nick
Karin Willig

Präsident:
Walter Sesterhenn



Foto: Steuerberaterkammer



JAHRES EMPfang DER WIRTSCHAFT



Der Jahresempfang der Wirtschaft 2026 wird unterstützt von

